Weichenstellungen
Mit neuem Kreisvorsitzenden und Vorstand in das Wahljahr 2016 S. 6

WISMAR TIPP-FREI???
Kontroverse Diskussion in der Bürgerschaft um den Antrag der LINKEN S. 4

„BLEIB MEIN LEHRER,...
...wenn du rechnen kannst.“ Kritisches zur Werbekampagne des Landes S. 5

der WELLENBRECHER
Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

5. Jahrgang / Ausgabe 26 - Nr. 3 / 2015 www.die-linke-nwm.de

Dat möt drin sünn.

Der Nord-Osten ist schön. Jährlich zieht es Hunderttausende hinauf an die Seenplatte und die Ostsee.

Wenn demnächst die Tourismus-Saison beginnt, ist auch die Arbeit derer wieder gefragt, die hier leben. In der Regel ist diese Arbeit befristet und dazu schlecht bezahlt. Keine Chance für junge Menschen, ihr Leben langfristig zu planen, keine Chance für Ältere, sich eine gute Rente zu erarbeiten.

DIE LINKE sieht den Widerspruch zwischen den Reden der Kanzlerin, die stetig wiederholt, wie toll alles bei uns ist, und der Realität für Millionen Menschen. Es läuft etwas falsch, wenn sich in einem so reichen Land wie unserem viele Menschen nur von Job zu Job hangeln, wenn Hartz-IV-Beziehende unter Sanktionen leiden, die willkürlich sind und wenn Mieten und Energiekosten so steigen, dass Wohnen Luxus wird. Wenn Kranke und Ältere darunter leiden, dass Gesundheit und Pflege sich in der Fläche nicht mehr lohnen, weil hier kein Geld zu machen ist – dann schwinden Sicherheiten, mehren sich Sorgen und Ängste. Dann ist nichts mehr gut, dann muss es besser werden.

Die gesellschaftliche Balance ist aus den Fugen geraten: sehr Wenige vermehren ihren Reichtum trotz Krise immer weiter, während die Mehrheit zunehmend unter den oben beschrieben Verhältnissen leidet. Das schwächt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, das schwächt den sozialen Frieden.

Deshalb hat DIE LINKE am 1. Mai die Mitmach-Kampagne „Das muss drin sein.“ gestartet. Weil die Mehrheit in diesem Land mehr verdient hat – ein Leben mit Zukunftssicherheit, ein Leben ohne Gängelung, ein Leben ohne Sorgen und Angst. Wir wollen Arbeit so verteilen, dass alle davon etwas haben, ohne Stress und Überstunden für die einen und ohne Minijobs und Leiharbeit für andere. Wir wollen, dass Wohnung und Energie wieder bezahlbar sind. Wir wollen gute Pflege und ein gutes Gesundheitswesen, bei dem Bedürftige und Beschäftigte gewinnen. Und wir wollen eine Grundsicherung, die allen ohne Einschränkungen die Teilhabe am Leben ermöglicht.

Kurz: Selbstverständliches muss wieder selbstverständlich werden – dat möt drin sünn!

Euer Matthias Höhn

Wieder ein tolles Volksfest zum Tag der Arbeit in Warin

Trotz des trüben und kühlen Wetters zog es am Tag der Arbeit wieder Hunderte auf den Wariner Sportplatz. Es waren nicht so viele Menschen wie in den vergangenen Jahren, aber sehr viel mehr als erwartet.

Bürgermeister Michael Ankermann (CDU) betonte, dass der 1. Mai fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der Stadt sei und den Auftakt bildet. Geschickt stellte er die Stadt als Veranstalter dar, an der sich Fraktionen und Vereine beteiligen. Der Herr Bürgermeister hat erkannt, dass solche Volksfestveranstaltungen bestens für die Selbstdarstellung und den Wahlkampf geeignet sind. Wir lassen ihm diesen Trumpf, denn aus Versicherungsgründen geht es nicht anders. Dafür sorgten wir LINKEN für Präsenz. Keine andere Partei wartete mit einem Stand auf, der noch dazu immer sehr gut besucht war. Dafür sorgte unser Angebot. Die Schweinekeulen und das Eis waren in einer Stunde alle.

Für die Kampagne „Das muss drin sein“ bastelten die Kinder, die Schiffe schwammen im Bassin. Es gab viele gute Gespräche bei bester Stimmung. Auch drei junge Albaner luden wir zum Essen ein. Wolfgang Griese kümmert sich um die erst seit kurzem in Warin lebenden Flüchtlinge. Die Hüpfburg der Stadtfraktion Schwerin war wieder der Renner. Nur unter großen Protesten der Kinder wurde sie abgebaut.

Es ist immer wieder schön zu sehen, wie viele Warinerinnen und Wariner zum Gelingen beitragen. So will ich Kurt Dombrowski, Björn Griese, Andreas Spriewald,

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Ines Reek und unserer Sympathisantin Jana Kosmala herzlich für ihren Einsatz danken. Für Stimmung sorgten mit ihrer Musik die „Nordlichter“. Die Frauengruppe verkaufte etliche selbst gebackene Kuchen. Der Schulförderverein veranstaltete eine Tombola, die Schule eine Bastelstraße. „Das Haus der Zukunft“ bot Kinderschminken an. „Die Tafel“ betreute die Hüpfburg und briet Pilze. Die Jugendfeuerwehr sorgte für Spiel und Spaß bei den Kindern und, und, und…

Insgesamt war es wieder ein gelungenes Fest. Einziger Wermutstropfen: Der eigentliche Anlass, der Tag der Arbeit, trat in den Hintergrund.

Ute Spriewald, BO Warin

STOP-TTIP auf dem Wismarer Marktplatz

Mit einer gemeinsamen Aktion warben Mitglieder von attac Wismar und des Wismarer Stadtverbandes der LINKEN, unterstützt von engagierten Bürgern am 21. Mai auf dem Wismarer Marktplatz um Unterschriften für das selbstorganisierte Europäische Bürgerbegehren gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA zwischen der EU und den USA, Kanada sowie 21 weiteren Staaten.

Sie erhielten dafür Unterstützung aus Berlin von der Kampagne STOP-TTIP.org; eine Gruppe engagierter junger Leute reiste mit Info-Materialien und einem riesigen aufblasbaren Bleistift von mehr als 4 m Höhe an, der ein nicht zu übersehender Blickfang für unsere Aktion war und Neugierige anzog. Im Verlaufe des sechsstündigen Einsatzes wurden zahlreiche Gespräche mit Bürgern unterschiedlichster politischer Einstellungen geführt. Für mich war auffällig – und das zeigt, wie breit die Ablehnung dieser Abkommen durch verschiedenste politische Lager geht – das auch Leute unterschrieben, die sich selbst als nationalkonservativ bezeichneten und die uns Erfolg wünschten.

Inzwischen steuert diese von mehr als 250 NGO getragene Kampagne auf die Anzahl von zwei Millionen Unterschriften zu; drei Millionen sollten bis Oktober zu schaffen sein. Das muss drin sein! - meine ich, wenn alle Mitglieder unseres Kreisverbandes das als einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen Parteikampagne sehen. Hier geht es nicht um Zahlenhascherei, sondern um ein deutliches Signal an die EU, die spüren muss, dass sie es nicht mit Untertanen, sondern mit mündigen Bürgern zu tun hat.

Von Lutz Tannhäuser

Interesse bei Windkraftplanungen im Kreis ungebrochen

Zu einer Informationsveranstaltung zur Windkraftplanung hat die Fraktion DIE LINKE in der Stadtvertretung Gadebusch gemeinsam mit dem Amt Gadebusch ins Rathaus eingeladen. Gekommen sind 45 Bürger um Informationen aus erster Hand zu erhalten. Als Referentin konnten wir die Iris Brinker, Leitende Verwaltungsbeamte (LVB) des Amtes Lützow-Lübstorf und Mitglied im Regionalen Planungsverbandes Westmecklenburg begrüßen. Gemeinsam mit dem LVB des Amtes Gadebusch, Andreas Lausen, wurden Informationen über Auswahl - und Ausschlusskriterien, Abstandsregelungen zu Wohnbebauung, Auswirkungen von Lebensräumen bedrohter Tierarten vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage gegeben. Beide riefen dazu auf, dass sich die betroffenen Bürger mit ihren Sorgen aktiv in die kommenden Beteiligungs- und Anhörungsverfahren einbringen.

Die Kommunen haben nun bis zum 5. Juni Zeit ihre Stellungnahme an den Regionalen Planungsverband Westmecklenburg abzugeben. Anschließend beginnt das öffentliche Verfahren. Man kann nur hoffen, dass der Termin nicht während der Sommerferien stattfindet, in der Hoffnung die Beteiligung niedrig zu halten.

Von Thomas Konieczny

Infostand zum 70. Jahrestag der Befreiung

Am Vormittag des 8. Mai hat der Stadtverband der LINKEN auf dem Wismarer Markt einen Infostand anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus durchgeführt. Info-Material wurde verteilt und Gespräche geführt.

Von Uwe Boldt

Basisorganisationen blicken mit Zuversicht ins Jahr 2016

Am 9 Mai tagte die Runde der Vorsitzenden der Basisorganisationen turnusgemäß in der Kreisgeschäftsstelle. Die Vorsitzenden berichteten aus ihrer engagierten Arbeit vor Ort und von Veranstaltung zum 70 Jahrestag der Befreiung. Der stv. Landesvorsitzende Björn Griese stellte die Kampagne "Das muss drin sein" vor und erläuterte die Ziele, Ideen und deren praktische Umsetzung vor Ort. Kreisgeschäftsführer Mario Menzzer legte eine Wahlauswertung der letzten Wahlen in unserem Kreis vor. Diese Auswertung wird die Grundlage der Bekämpfung der sogenannten "weißen Flecken" bilden, also ein erster Schritt sein auf dem Weg um in Zukunft mehr Wählerinnen und Wähler für uns zu gewinnen und auch mehr Sympathisanten und Mitglieder für unsere Arbeit zu begeistern. In diese Konzeption gehört auch die Idee den Wellenbrecher zukünftig zweimal im Jahr an mehr Haushalte zu verteilen. Der Wellenbrecher wird also zukünftig zweimal im Jahr als Informationen nach außen genutzt werden und zweimal im Jahr als Mitgliederzeitung intern verteilt. Die BOs werden ihre Kapazitäten zur Verteilung noch einmal prüfen und bis zu nächsten Sitzung an den Kreisgeschäftsführer melden, damit auch auf diesem Wege mehr Menschen über unsere politische Arbeit informiert werden können.

Auch das Thema Finanzen stand auf der Tagesordnung des Sitzung. Der Kreisvorsitzende bat die Basisorganisationen zur besseren Finanzplanung 2016 um eine Zusammenstellung ihrer Anforderungen bis zur kommenden Sitzung. Insgesamt zeigten sich die Basisorganisationen erfreut darüber, dass somit die ersten Weichen gestellt wurden um eine gute Ausgangsbasis für das vor uns liegende Wahljahr 2016 zu schaffen.

Von Horst Krumpen

Weitere Schritte für den Nahverkehr im Landkreis

Im Januar hatte der Kreistag die Landrätin beauftragt, die nächsten Schritte zur Umsetzung des Nahverkehrskonzeptes im Landkreis Nordwestmecklenburg vorzubereiten. Vorerst galt es eine wichtige Hürde zu nehmen: Die Entscheidung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die zwei vorliegenden Anträge auf eigenwirtschaftliche Erbringung der Verkehrsleistungen – also ohne weitere Fördermittel.

Nach europarechtlichen Ausschreibungskriterien muss zuerst die Möglichkeit der Vergabe ohne Fördermittelzuschüsse geprüft werden, wenn Unternehmen sich zutrauen, die geforderten Leistungen vornehmlich durch Fahrscheinentgelte finanzieren zu können. Allerdings ist dabei zu befürchten, dass einerseits die Preise deutlich steigen und andererseits die Leistungen deutlich abnehmen, d.h. Taktfrequenzen abgesenkt oder sogar ganze Stecken eingespart werden. Dies wäre jedoch nicht die Antwort auf die Mobilitätsfrage im ländlichen Raum, als ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr hat nach monatelanger Prüfung die Anträge von den Busbetrieben Wismar (BBW) und den Grevesmühlener Busbetrieben (GBB) beide abgelehnt. GBB bzw. nach der beschlossenen Umbenennung NAHBUS GmbH, deren

alleiniger Gesellschafter der Landkreis ist, hatte neben BBW solch einen Antrag gestellt, da nicht sicher war, ob das Landesamt den BBW-Antrag ablehnt. Obwohl beide Unternehmen allein eigentlich nicht in der Lage sein dürften, allen Anforderungen unseres Nahverkehrskonzeptes gerecht zu werden. Für private Unternehmen ist außerdem laut Konzept im sogenannten Ergänzungsnetz ausreichend „Entfaltungsspielraum“ vorgesehen.

Die Ablehnung ist Voraussetzung eine gemeinwirtschaftliche Erbringung der Verkehrsleitungen, die nun in Form eines öffentlichen Dienstleistungsvertrages des Landkreises mit GBB festgeschrieben werden soll. U.a. über diesen Vertrag soll der Kreistag auf seiner Sitzung am 18. Juni befinden. Außerdem wird über die Beförderungsentgelte zu befinden sein. Schon im alten Kreistag konnten wir diesbezüglich unsere Forderung nach Sozialtarifen in einem Antrag durchsetzen. Allerdings bedarf es auch hierbei stetigem, beharrlichem Druck. Daher hat Renate Lüders, als Vorsitzende des Sozialausschusses darauf gedrungen, eine gemeinsame Sitzung ihres Ausschusses mit dem Wirtschaftsausschuss anzuberaumen, um über die Fahrpreise zu beraten. Dass eigentlich selbstverständliche Dinge, wie hier die Umsetzung unseres Antrags zu den Sozialtarifen, manchmal scheinbar vergessen werden, haben wir ja schon mehrfach erlebt. Daher bleibt die Beharrlichkeit auch bei diesem Thema geboten. Schließlich soll der zukünftige Nahverkehr nicht nur überall im Landkreis in guter Taktfrequenz verfügbar sein, sondern auch für alle erschwinglich.

Björn Griese,
Fraktionsvorsitzender

Neugewählter Kreisvorstand hat sich konstituiert

Auf seiner ersten Sitzung nach dem Kreisparteitag hat sich der Vorstand am 6. Mai in Wismar getroffen.

Der neue Kreisvorsitzende Horst Krumpen warb gleich zu Beginn der Sitzung für eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und darum, die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Institutionen auf der Kreisebene zu intensivieren.

Der Kreisvorstand plant die Mitgliederzeitung Wellenbrecher zukünftig, wenn finanziell möglich, zweimal im Jahr in größerer Auflage zu drucken und verstärkt auch an die Bürgerinnen und Bürger zu verteilen.

Des weiteren wurde beschlossen die politischen Zuständigkeiten im Vorstand auf die Themenschwerpunkte auszurichten, die sowohl in der Landesebene als auch auf der Ebene des Kreistages von Bedeutung sind. Einig war der Vorstand sich auch darin, dass es zu jeder Vorstandssitzung eine Presseveröffentlichung geben wird um die politischen Positionen des Kreisverbandes stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Als erste Veranstaltung ist zusammen mit Wirtschaftsverbänden der Region eine Veranstaltung zum Thema Mindestlohn geplant unter der Fragestellung sechs Monate Mindestlohn – Fluch oder Segen?

Zukünftige Sitzungen des Vorstandes sollen auch außerhalb von Wismar stattfinden und wenn möglich auch mit Besuchen in Einrichtungen oder Firmen verbunden werden. Vorschläge aus den Basisorganisationen sind dazu herzlich willkommen.

Horst Krumpen,
Kreisvorsitzender

In 3 Sätzen gesagt

Für Gabriele Sauerbier ist in der Kreistagsfraktion Reinhard Sieg nachgerückt. Horst Krumpen arbeitet jetzt im Rechnungsprüfungsausschuss als sachkundiger Einwohner mit.

Als sachkundige Einwohner haben Denise Konienczny und Heidrun Teichmann den Platz von Roy Rietentidt im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit bzw. im Ausschuss für Bildung und Kultur eingenommen.

Ist die kommunale Selbstbestimmung in Gefahr?

Kontroverse Diskussion in der Bürgerschaft um den Antrag der Linksfraktion

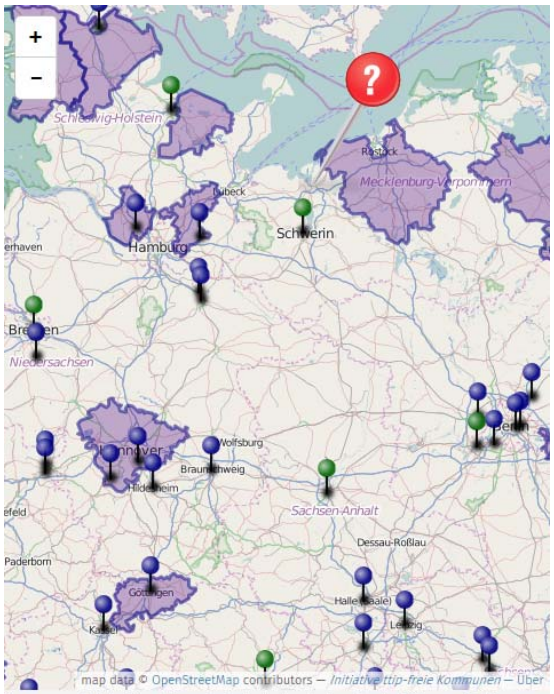
DIE LINKE zu TTIP, CETA und TISA von Uwe Boldt

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar lehnt die Abkommen TTIP, CETA und TISA ab. Es handelt sich bei diesen Abkommen um bi- und unilaterale Handelsverträge, die die Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden und ihrer Bürger und Bürgerinnen nachhaltig einschränken könnten und in erster Linie den Interessen von multinationalen Konzernen dienen. Diese Verträge stellen einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. (…)“

Diese Kernaussage des Beschlussvorschlages der Fraktion DIE LINKE brachte eine seltsame Diskussion in der Bürgerschaft hervor. Frau Prof. Mönch-Kalina, für Wismar Fraktion, fragte in ihrem Betrag nach dem Mehrwert für die Hansestadt Wismar und Herr Schwarzrock von den Grünen konnte keinen 'Kommunalbezug' erkennen. Seine Bemerkung von 'Wischiwaschi' spare ich mir an dieser Stelle zu kommentieren,

Wer des Lesens kundig ist, sollte bereits aus der o.g. Kernaussage die deutliche Gefahr für die kommunale Selbstbestimmung erkennen.

In der Begründung wurde dann auf die mangelnde Transparenz, auf



(orange: vorbildliche Beschlüsse; dunkelgrün: Landeshaupt- oder Millionenstädte)

die Einrichtung einer Paralleljustiz in Form von Sonderklagerechten von Konzernen gegen Staaten, auf die geplante Unumkehrbarkeit von Privatisierungen von Kommunalbetrieben für die Daseinsvorsorge usw. ausdrücklich hingewiesen, also auf die Gefahren für die kommunale Selbstbestimmung durch diese Verträge.

Herr Domke von der FDP hat zwar manche Sorge und die 'anfängliche Intransparenz' bei den Verhandlungen anerkannt, jedoch sein uneingeschränktes Vertrauen in die 'Entscheidungen von EU-Parlament und Bundestag bekundet. Wenn EU-Parlament und Bundestag sich für diese Verträge aussprechen, dann ist es nach seiner Logik nicht erforderlich, dass die Bürger der betroffenen Staaten und damit auch die Kommunalparlamente über die Inhalte im Vorfeld informiert und in die Debatte einbezogen werden. Kommunalinteressen werden also von den US-Vertretern und Lobbyisten sowie den EU-Vertretern ohne Beteiligung der Betroffenen ausgehandelt und beschlossen. Seltsames Demokratieverständnis.

Herr Brüggert von der CDU geht noch weiter, er ist fest davon überzeugt, dass diese Verträge nur zu allseitigem Vorteil und zu einer fast paradiesischen Zukunft für Europa, der USA, Kanada und dem Rest der Welt führen werden.

So viel Blauäugigkeit nach der NSA- und BND Affäre hätte ich heute keinem mehr zugetraut, naja auch ich kann noch überrascht werden.

Die SPD hat sich als einzige Fraktion sachlich mit dem Anliegen auseinandergesetzt und eine Konkretisierung des Beschlusses vorgeschlagen, welche dann von der LINKS-Fraktion übernommen wurde. Danach wird jetzt nicht die grundsätzliche Ablehnung der Vertragsverhandlungen sondern die Einhaltung demokratischer Regeln, Transparenz, konstruktive öffentliche Debatte über die Abkommen sowie die Sicherung der Umwelt-, Gesundheits-, Arbeits-, Sozial-, und Verbraucherstandards gefordert. Es darf keine Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit entstehen und die Abkommen sind durch die einzelnen europäischen Staaten zu ratifizieren.

Mit einer Stimme Mehrheit hat schließlich die Bürgerschaft dem zugestimmt und sich damit in den bereits großen und stetig wachsenden Kreis von Kommunen und Landkreisen in Deutschland und Europa eingereiht, die deutliche Signale mit ähnlich lautenden Beschlüssen in Richtung Brüssel und Berlin senden.

Dietmar Bartsch: Das muss drin sein

Von Dietmar Bartsch, MdB

Wer in Deutschland arm ist, dem geht es nicht selten besser als Armen in anderen europäischen Ländern und erst recht in den Ländern der Dritten Welt. Das versucht die Merkel-Regierung für sich zu nutzen und verweigert sich, Realitäten in Deutschland wahrzunehmen.

Aktuelle Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung besagen, dass in Deutschland 2,1 Millionen Kinder unterhalb der Armutsgrenze aufwachsen. Knapp die Hälfte dieser Kinder lebt in Haushalten, die Hartz IV beziehen. Für drei Viertel von ihnen gibt es keinen Urlaub von wenigstens einer Woche. In unserem reichen Deutschland gibt es Armut, weil die Politik das nicht verhindert. Dieser Armut steht unfassbarer Reichtum auf der andern Seite gegenüber.

Die fünf reichsten Deutschen verfügen über genauso viel Vermögen (über 100 Mrd. €) wie die ärmsten 40 Prozent der deutschen Bevölkerung. Im Gespräch mit meinen Besuchergruppen im Bundestag, sage ich regelmäßig, dass ich als Bundestagsabgeordneter pünktlich und reichhaltig Überweisungen erhalte. Aber Vermögensmillionär wird man damit niemals. So reich kann man nicht durch der eigenen Hände Arbeit werden.

Die fünf zentralen Forderungen unserer Kampagne - Befristung und Leiharbeit stoppen, existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV, Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst, Wohnung und Energie bezahlbar machen und mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit - sind bestens geeignet, mit all denen in die Diskussion zu kommen, die ein besseres Deutschland, ein gerechtes, ein friedliches und ein wahrhaft europäisches wollen.

Der von Deutschland praktizierte Kurs, Exportüberschüsse um nahezu jeden Preis zu erzielen, ist gleichermaßen verantwortlich für die Entwicklungen im eigenen Land wie auch für die Krisen in vielen anderen europäischen Ländern. Deutschlands Exportüberschüsse und die Schulden anderer Staaten – das sind zwei Seiten derselben Medaille.

In unserer Kampagne geht es um weit mehr als um unser Land – darin liegt eine große Chance für Deutschland und für Europa.

Bleib mein Lehrer, wenn du rechnen kannst

DIE LINKE fordert bessere Arbeitsbedingungen für angestellte Lehrkräfte

Von Simone Oldenburg

„Sei mein Lehrer, wenn du rechnen kannst…“ - mit diesem Slogan wirbt Mecklenburg-Vorpommern um neue Lehrkräfte.

Ich wünsche mir mit dem gleichen Geschick eine Werbung um die angestellten Lehrkräfte, die seit vielen Jahren das Bildungswesen im Land gestalten, die unzählige Änderungen mitgetragen haben. Eine Werbung für die Lehrerinnen und Lehrer, die solidarisch das Lehrerpersonalkonzept mitgetragen haben, damit ihre Kolleginnen und Kollegen nicht entlassen werden und das Land enorme finanzielle Mittel einsparen konnte. Eine Werbung für die Lehrkräfte, die im Konsens und ohne Streit auf Rentenansprüche verzichtet haben, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. „Bleib mein Lehrer, wenn du rechnen kannst…“ – für das Werben um das Bleiben ist es notwendig, dass wir lukrative Teilzeitangebote unterbreiten, die Einrichtung von Arbeitszeitkonten tatsächlich anbieten und endlich die Anwendung beamtenrechtlicher Regelungen auf Angestellte beenden, indem sie ein eigenes Tarifrecht erhalten. Selbstverständlich verlässt man nicht so einfach das Land, indem man seit 20, 30 oder 35 Jahren lebt und arbeitet. Aber sich allein auf die Bodenständigkeit der Mecklenburger und Vorpommer zu verlassen, ist zu kurz gedacht. Denn die angestellten Lehrerinnen und Lehrer gehen aus dem Schuldienst, zwar nicht ganz, aber teilweise – eben in Teilzeit und das von Jahr zu Jahr mehr. Derzeit arbeiten ca. 4.000 von 10.000 angestellten Lehrkräften nicht mehr in Vollzeit, die meisten von ihnen in einem Alter von über 50 Jahren. Sie tun dies, weil die Arbeitsbelastungen genauso fortschreiten wie ihr Alter. Wir fordern, dass die Teilzeitregelungen so gestaltet werden, dass sie auch attraktiv sind. Es darf nicht weiterhin allein die Unterrichtsverpflichtung die Grundlage für die Berechnung sein, denn alle anderen Aufgaben müssen von ihnen trotzdem 100-prozentig erfüllt werden.

Um Schulen einen Gestaltungsspielraum zu geben, um auf flexible Anforderungen auch flexibel reagieren zu können, müssen dringend Arbeitszeitkonten eingerichtet werden. Es ist doch offensichtlich, dass das Schulsystem nicht starr ist, sich eben nicht die täglichen Herausforderungen rein mathematisch lösen lassen. Lehrkräfte müssen das Recht erhalten, selbst zu bestimmen, ob sie ihre wöchentliche Arbeitszeit erhöhen wollen, um dann in einer Zeit – in der sie weniger arbeiten möchten - dies auch tun zu können. Sie müssen ansparen können in einer Zeit, in der es ihnen möglich ist, um später weniger zu arbeiten, weil die Kraft nachlässt oder es die familiäre Situation erfordert. So würde es weniger Ausfall an den Schulen geben, Lehrkräfte könnten über sich und ihre Arbeitskraft entscheiden, ohne ständig Überstunden zu leisten, die ihnen nicht zu Gute kommen. Auch das gehört zum Werben um angestellte Lehrerinnen und Lehrer - genau wie die Schaffung eines eigenständigen Dienstrechtes für angestellte Lehrkräfte. Derzeit existiert in diesem Bereich nichts im Zusammenhang – ein bisschen hier, ein bisschen dort – und überhaupt keine eigenständigen Regelungen. Alles ist bruchstückhaft und häppchenweise und einfach die Anwendung beamtenrechtlicher Regelungen auf Angestellte.

Aber: Beamte sind Beamte und Angestellte sind Angestellte. Der Tarifvertrag wimmelt nur so von Sonderregelungen, die darauf verweisen, dass alles zuvor beschriebene Arbeitserleichternde nicht für angestellte Lehrkräfte gilt. Anderes herum aber werden alle mit dem Beamtenstatus verbundenen zusätzlichen Aufgaben dann auf die Angestellten übertragen. Alle Vorteile entfallen, alle Nachteile werden übertragen. So wirbt man nicht um angestellte Lehrerinnen und Lehrer.

Wir können und wollen nicht auf die Lehrkräfte verzichten, ohne die unsere Schulen nicht lebensfähig wären. Deshalb ist es so sehr notwendig, dass genau diese Lehrerinnen und Lehrer, die uns oder euren Kindern und Enkelkindern das Lesen und Schreiben beigebracht haben, wertgeschätzt werden.

LINKE unterstützt Kita-Streik vor der Staatskanzlei

Zeitschrift »LUXEMBURG« kann kostenlos abonniert werden

„LUXEMBURG — Gesellschaftsanalyse und linke Praxis“ will eine Zeit-Schrift der Linken sein: ihre Diskussion und Analysen mit freundlicher Schärfe zusammenbringen und fruchtbar machen – jenseits der üblichen Trennungen in Richtungen, Strömungen und Schulen, Theorie und Praxis, Politik, Ökonomie und Kultur. Als Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung folgt LUXEMBURG auf UTOPIEkreativ, deren letzte Ausgabe zum Jahresende 2008 erschien.

LUXEMBURG wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie erscheint ab 2014 dreimal im Jahr mit einem Jahresumfang von mindestens 360 Druckseiten. Das Abonnement ist ab 2014 kostenfrei.

Im Editorial der ersten Ausgabe heißt es: Die Linke benötigt kritische Gesellschaftsanalysen ebenso wie die Kunst der Strategie, Projekte der Verbindung von alltäglichen Kämpfen und gesellschaftlichen Alternativen. Sie muss neu sprechen und kämpfen lernen, sich mit gesellschaftlichen Akteuren verbinden und für ihre großen, traditionellen Visionen neue Anknüpfungspunkte finden, der Zukunft einen Ort im Hier und Jetzt einräumend.

Zum Abonnement gelangt man unter http://www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement/

Juli-Veranstaltungen des Freundeskreises

Gleich mit zwei Veranstaltungen werden wir uns im Juli dem Thema Wachstumskritik zuwenden. Damit beschäftigen sich gegenwärtig immer mehr gesellschaftliche Akteure. Sie lenken aus unterschiedlichen Perspektiven die Aufmerksamkeit darauf, dass das praktisch in allen Volkswirtschaften geltende Mantra fortwährenden Wachstums unseren Planeten und damit die Existenzgrundlagen unserer Nachkommen zu zerstören droht, weil es in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum geben kann. Die spannende Frage ist: Wie könnte eine Postwachstumsgesellschaft aussehen oder was macht ein gutes Leben aus?

Am Donnerstag, dem 2. Juli erwarten wir als Referenten Gerrit von Jork, Berlin, der im Raum 28 des Wismarer Rathauses über das Thema „Postwachstum – Konzepte sozial-ökologischer Transformation“ sprechen wird. Beginn ist um 19 Uhr, der Eintritt ist frei.

Für eine kurz darauf folgende gemeinsame Veranstaltung mit der Wismarer Stadtbibliothek am Dienstag, dem 14. Juli wurde der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung Dr. Reiner Klingholz gewonnen. Er wird im Konferenzsaal des Zeughauses in der Ulmenstr. 15 sein Buch „Sklaven des Wachstums“ vorstellen, das vor Ort auch erworben werden kann. Auch diese Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Für sie wird ein Eintrittsgeld erhoben; Karten können bei der Stadtbibliothek unter 03841 251 4020 vorbestellt werden.

Lutz Tannhäuser

Weichenstellung bei der LINKEN im Landkreis

Simone Oldenburg wird Spitzenkandidatin, Horst Krumpen Kreisvorsitzender

Der Kreisverband DIE LINKE traf sich am 18. April in der Malzfabrik Grevesmühlen zu seinem ordentlichen Kreisparteitag. Die 81 teilnehmenden Mitglieder waren zusammengekommen, um turnusgemäß den Vorstand zu wählen und die Vorschläge des Kreisverbandes für die Landesliste zur Landtagswahl 2016 zu nominieren.

Als neue Mitglieder in unserem Kreisverband wurden Elisa Güttler und Marcus Helwing (r.) herzlich begrüßt.

Nach der Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden Roy Rietentidt und der Wahl der Gremien hatte die Bildungsexpertin und Landtagsabgeordnete Simone Oldenburg das Wort und überzeugte mit einer beeindruckenden Darstellung der Alternativen der LINKEN in der Bildungspolitik. Unter großem Beifall zeigte sie auf, warum DIE LINKE im Landtag gerade in der Bildungspolitik als Korrektiv zu dem amtierenden Minister unabdingbar ist, um für Chancengleichheit in diesem Bereich zu kämpfen. Der Fraktionsvorsitzende im Kreistag Björn Griese warf in seiner Bewerbungsrede seine langjährige kommunalpolitische Erfahrung und Kompetenz bei den Themen Kinder-, Jugend- sowie Gesundheitspolitik in die Waagschale und überzeugte damit den Kreisverband. Horst Krumpen bewarb sich auf den dritten Platz der Vorschlagsliste des Kreisverbandes und konnte unter anderem mit dem Hinweis auf die Widersprüchlichkeit der derzeit Regierenden zum Beispiel in der Asylpolitik und in der Frage der Rentenangleichung punkten. Die anschließend erfolgte Wahl der drei Bewerber führt zu folgendem Vorschlag des Kreisverbandes für die Aufstellung der Liste auf Landesebene:

Platz 1: Simone Oldenburg MdL, Platz 2: Björn Griese und Platz 3: Horst Krumpen.

Auf der Tagesordnung stand dann nach dem ausführlichen Bericht des Kreisvorsitzenden Roy Rietentidt, die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Es kandidierten Roy Rietentidt und Horst Krumpen. Mit drei Stimmen Vorsprung fiel die Wahl auf Horst Krumpen, der damit für die kommenden zwei Jahre als Kreisvorsitzender gewählt wurde. Zur Seite stehen ihm der stellv. Kreisvorsitzende Roland Kargel, die Schatzmeisterin Sigrid Sandmann und die Vorstandsmitglieder Björn Griese, Annegret Tschersich, Judith Keller, Ute Spriewald, Renate Lüders, Thomas Pagels, Michael Gericke und Frank Wuttke.

In seinem Schlusswort zum Ende des Parteitages dankte der neugewählte Kreisvorsitzende dem scheidenden Vorsitzenden Roy Rietentidt für sein großes Engagement und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er rief die Anwesenden dazu auf, jetzt gemeinsam die Weichen für die anstehenden Wahlen zu stellen und die Zeit bis dahin zu nutzen, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Klar ist, es gibt nur ein Original in der Frage Sozialer Gerechtigkeit.

In die Kreisfinanzrevisionskommission wurden Ilse Eritt, Anja Griese und Bernd Hilse gewählt. Auf unserem Kreisparteitag wurden Spenden in Höhe von 513 € gesammelt. Herzlichen Dank.

Wir sind im Plan geblieben

Die Schatzmeisterin über Stand und Zukunft unserer finanziellen Mittel

Liebe Genossen und Genossinnen,

auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 18.04.2015 haben mich Gottfried Schiller und andere angesprochen und darum gebeten, den Mitgliedern des Kreisverbandes eine Übersicht über unsere Finanzen zu geben. In den Vorbereitungen zu den Vorstandswahlen ist das leider untergegangen. Das soll keine Entschuldigung sein, nur eine Erklärung. Für das Jahr 2014 gebe ich euch eine kurze Finanzübersicht, wenn tiefergehende Fragen bestehen sollten, so stehe ich euch gerne Rede und Antwort.

Geplant hatten wir Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 81.384,00 EUR. Realisiert wurden an Einnahmen 64.223,00 EUR und an Ausgaben 52.110,00 EUR. Wegen der leider sinkenden Mitgliederzahlen sind die Mitgliedsbeiträge nicht in der Höhe eingegangen, wie geplant, auch die

Mandatsträgerbeiträge hatten wir höher eingeplant als am Ende tatsächlich gezahlt wurden, daran arbeiten wir auch weiterhin.

Erfreulicherweise sind jedoch mehr Spenden eingegangen, als geplant. Für all diese Spenden auch auf diesem Weg noch einmal ein herzliches Dankeschön des Kreisvorstandes an Euch alle. Ihr wisst, jeder EUR zählt.

Letztlich wurde ein geplanter Zuschuss aus dem Kreisfinanzausgleich, also aus den Beiträgen anderer Mitglieder, nicht benötigt, da wir auf der Ausgabenseite ebenfalls deutlich unter dem Plan geblieben sind, wir haben unsere Ausgaben glücklicherweise aus eigener Kraft bewältigen können.

Bei den Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb, die politische Arbeit und für den Wahlkampf sind wir im Plan geblieben. Aber da wir in 2014 keinen hauptamtlichen Geschäftsführer hatten, haben wir nur 17% der geplanten Personalkosten ausgegeben, das ändert sich im Jahr 2015.

Das Jahr 2014 haben wir mit einem Plus in Höhe von 12.117,00 EUR abgeschlossen. Das Ergebnis ist positiv, aber der Blick in die Zukunft mahnt uns auch weiterhin zu vernünftigem Umgang mit unseren finanziellen Mitteln, auch und gerade wegen der Struktur unserer Mitgliedschaft.

Für das Jahr 2015 haben wir vorsichtig geplant. Bei den Einnahmen und Ausgaben haben wir je 61.622,00 EUR geplant. Zum Termin 31.03.2015 entsprachen die Einnahmen und die Ausgaben mit kleinen Abweichungen dem Finanzplan. Der neugewählte Kreisvorstand hat sich für das Jahr 2016 vorgenommen, die Ausgaben in den Basisorganisationen bereits im Juli zusammenzutragen, um eine bessere Planung vornehmen zu können. Die Mandatsträgerbeiträge wollen wir durch Einzelgespräche auf das Niveau bringen, dass unsere Satzung vorsieht.

Ich hoffe euch damit einen Überblick verschafft zu haben und stehe gerne für Fragen zur Verfügung.

Eure Schatzmeisterin
Sigrid Sandmann

Zeitzeuge Jochen Ewald zu Gast in Warin

Wir wollten den 8. Mai 2015, den 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, besonders begehen. So griffen wir gern die Idee von Kurt Dombrowski auf, Jochen Ewald als Zeitzeugen des Untergangs der CAP ARCONA nach Warin einzuladen und zudem die Mitglieder der AG Senioren und der BO Neukloster.

Jochen berichtete bewegend darüber, wie er als neujähriger Junge zufällig am 3. Mai 1945 den Luftangriff auf die KZ-Häftlings-Flotte in der Lübecker/Neustädter Bucht mit ansah. Von der Brooker Höhe aus, wo er sich als Kind oft aufhielt, hörte er den bedrohlichen Flugzeuglärm und sah den Rauch und das Feuer auf den Schiffen. Er berichtete, wie er den ersten an den Strand gespülten Toten fand, dem noch so viele folgten. Mehr als 7.000 KZ-Häftlinge fanden auf der CAP ARCONA und der THIELBEK kurz vor Kriegsende den Tod, nur etwa 500 Menschen überlebten.

Was damals geschah, so mein Eindruck, war für Jochen so unwirklich und unbegreiflich, dass er das Geschehene verdrängte. Zumal in dieser Zeit so viele schreckliche Eindrücke auf ihn und alle anderen Zeitzeugen einströmten. Erst 65 Jahre nach diesem Ereignis begann

Jochen mit der Aufarbeitung der Vergangenheit. Anstoß war ein Schulprojekt, zu dem Simone Oldenburg sehr eindringlich Unterstützung von Jochen einforderte. Wie sich herausstellte, ein Glücksfall – für alle Seiten. Die Schülerinnen und Schüler und auch Jochen hatten seinerzeit spannende Projekttage und kamen sich sehr nah. Jochen hat seine Geschichte aufgeschrieben und ergänzt sie weiter – damit wird sie nicht vergessen werden.

Jochens Bericht war sehr anschaulich, berührt und auch schmunzelnd hörten wir zu. Anschließend gab es viel Lob und einige Anwesende steuerten ihre Erlebnisse bei. Schade nur, dass trotz zweifacher Ankündigung in der Presse Gäste ausblieben, die nicht unserer Partei angehören oder Sympathisanten sind. Unser Ziel war es, neben Jochen auch den Wariner Ortschronisten, Herrn von Fircks und Wariner Zeitzeugen für die Veranstaltung zu gewinnen. Leider gelang dies nicht, man scheute die Nähe zur Linken. Unser Fazit: Es war eine gelungene Veranstaltung, ein würdiges Erinnern. Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst. Die BO Warin und die BO Neukloster empfehlen Nachahmung und bedanken sich ganz herzlich bei Jochen und auch Gerda Ewald.

Ute Spriewald, BO Warin

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.07.2015

Wer Anregungen oder Kritik an dieser Ausgabe loswerden oder mehr über die Arbeit der LINKEN vor Ort erfahren möchte, wende sich bitte an

⇒ den Kreisgeschäftsführer Mario Menzzer, 03841 / 28 35 55 oder

⇒ den Kreisvorsitzenden Horst Krumpen, 03841 / 38 53 76

oder per Mail unter: kontakt@die-linke-nwm.de

Wir wollen Frieden für alle!

Am 8. Mai 2015 trafen sich auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Schönberg Bürger aus Schönberg und Umgebung.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken Michael Heinze und der BO-Vorsitzende Günther Bruns legten am Ehrenmal einen Kranz nieder.

Er wies darauf hin, welch ein Unheil deutsche Soldaten im Auftrag der Nazis über viele Teile Europas gebracht haben. Viele Menschen unterschiedlicher Nationalität wurden verhaftet und ermordet oder misshandelt und dem Hungertode preisgegeben.

Günther Bruns wies darauf hin, welcher Terror auch im Inland ausgeübt wurde. Zahlreiche Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Schwule, Zeugen Jehovas, Sinti und Romas wurde in ihrer Freiheit beraubt, in KZs geworfen und erlitten das gleiche Schicksal.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Das geschah, weil unzählige Soldaten aus vielen europäischen Ländern gegen die fremde Unterdrückung kämpften. Gerade wir Deutschen sagen "спасибо" den sowjetischen Soldaten, „thank you" den britischen und amerikanischen Soldaten und „merci" den französischen Soldaten. „Danke", sagen wir allen, die für die Befreiung Deutschlands gekämpft haben! Sie ließen für uns ihr Leben, wurden verwundet, erlitten viele körperliche und psychische Schäden.

An 30. Januar 1933 brachten interessierte Kreise der Großindustrie die Nationalsozialisten und damit Hitler an die Macht. Kurze Zeit später gab es keine demokratischen Rechte wie Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit mehr.

Zahlreiche politische Gegner der Nazis wurden eingekerkert. Viele verloren ihr Leben oder ihre Gesundheit. Auch zu ihrem Gedenken wurden am Denkmal der VVN in Schönberg Blumen niedergelegt.

Lilo Hamann sprach das Gedicht "Sag: Nein" von Wolfgang Borchert. In Erinnerung an Verfolgte des Naziregimes wurde das Lied: „Wir sind die Moorsoldaten" gesungen. Es entstand 1933 im KZ Börgermoor.

Viele von uns sind in der Partei DIE LINKE, weil wir uns dem Aufruf nach 1945 "Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus!" verbunden fühlen.

Give peace a chance! Gib dem Frieden eine Chance.

Günther Bruns

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus hatte DIE LINKE Gadebusch zum Gedenken eingeladen. Treffpunkt war am sowjetischen Ehrenmal am Bahnhof. Luise Krüger (DIE LINKE), 2. Stellvertreterin des Kreistagspräsidenten und Gadebuscher Stadtvertreterin, die das Ende des Krieges in Gadebusch hautnah mit erlebte, hielt die Gedenkrede.

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Mai und Juni 2015 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Hertha Uther zum 95. und unsere Genossin Barbara Runge zum 90. Geburtstag. Zum 87. Geburtstag gratulieren wir Genossin Meta Grünholz sowie Genossen Walter Müller. Zum 86. gehen herzliche Glückwünsche an den Genossen Herbert Gärtner und auf 85 Lebensjahre blicken die Genossen Helmut Kownatzki und Heinrich Baudis zurück. Zum 84. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an den Genossen Ernst Lehmkuhl und zum 82. Wiegenfest gratulieren wir Genossin Ruth Bangsow und dem Genossen Horst Blank. Glückwünsche zum 80.Geburtstag erhalten Genossin Karin Klose und die Genossen Kurt Fiedler und Kurt Tarrach. Zum 75. Geburtstag wünschen wir den Genossinnen Brigitte Neumann und Margrit Vorbau alles erdenklich Gute. Weiterhin gratulieren wir ganz herzlich Genossin Christa Hagemann zum 60. Geburtstag, Genossen Dietmar Kähler zum 55. Geburtstag und Genossen Mario Menzzer zum 35. Wiegenfest.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Mit Kränzen, Blumengebinden und Sträußen ehrten die mehr als 60 Teilnehmer der Gedenkveranstaltung in Wismar anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus die gefallenen sowjetischen Soldaten und gedachten gleichzeitig allen Opfern der faschistischen Barbarei. In seiner Rede stellte unser neu gewählter Kreisvorsitzender, Horst Krumpen, die enge Verbindung von Gedenken und Mahnung heraus. Die besondere Schuld, die das deutsche Volk und dessen Verbündete im 2. Weltkrieg auf sich geladen haben, bedingt eine besondere Verpflichtung für heutiges und künftiges Handeln deutscher Regierungen.

Am 9. Mai 2015 versammelten sich an der Kap Arcona Gedenkstätte in Grevesmühlen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter aus den kommunalen Parlamenten um an dieser Stelle den zahlreichen Opfern des Naziregimes zu gedenken, dessen Ende sich zum 70. Male jährte. In kurzen Ansprachen erinnerten Herr Rübesam, Vorstand des Kap Arcona Förderkreises und unsere Landrätin an das grausame Geschehen vor nunmehr 70 Jahren. Von beiden Rednern ging die Mahnung aus, nicht zuzulassen, dass so etwas noch einmal geschehen kann. Anschließend legten viele Teilnehmer Kränze und Blumen an der Gedenkstätte nieder. An den Start zur Sternfahrt an die Gedenkstätte Groß Schwansee gingen in diesem Jahr 125 Radler. Auch unsere BO war mit Aktiven dabei.